



## **Rede**

des Parlamentarischen Staatssekretärs  
beim Bundesminister der Finanzen  
Herrn Hartmut Koschyk MdB

**„Wir Christen und das liebe Geld - Krisenbewältigung  
unserer Tage  
aus christlicher Verantwortung“**

**Sommerempfang des  
CVJM-Landesverbandes Bayern**

am 21. Juli 2013  
auf Burg Wernfels

Es freut mich sehr, dass ich heute hier beim Sommerempfang des Landesverbands Bayern des CVJM zum Thema „Wir Christen und das liebe Geld - Krisenbewältigung unserer Tage aus christlicher Verantwortung“ vortragen darf. Das Thema liegt mir besonders am Herzen. Es sollte auch Anlass sein, so gut es geht über den aktuellen Tellerrand hinaus zu blicken.

Die Verantwortlichen in der Politik haben täglich eine Vielzahl an Aufgaben und Problemen zu bewältigen. Fragen über die Zukunft der Arbeit, über die Nachhaltigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme, über die Zukunft der Familien, über unser Bildungssystem, über die Endlichkeit der Ressourcen, den Energieumstieg und darüber, wie wir mit dem Anspruch anderer Länder auf der Welt umgehen, die für sich natürlich ein gleiches Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit beanspruchen wie wir. Diese Frageliste ließe sich noch erheblich erweitern. Immer wieder geht es dabei um das „liebe Geld“, um die notwendigen finanziellen Mittel, ohne die sich die erwähnten Probleme kaum lösen lassen. Allein mit Geld aber auch nicht. Ohne Grundsätze, Werte und Leitbilder,

die Halt und Orientierung geben, werden wir diese Fragen nicht beantworten können, keine Lösungen finden und auch unsere berechtigten Interessen nicht vertreten können.

Wer im Meer der verschiedenen Interessen nicht orientierungslos hin- und hergetrieben werden will, der braucht einen verlässlichen inneren Kompass.

Worauf soll dieser Kompass ausgerichtet sein?

„Wo Gott die Ehre gegeben wird, da wird die Menschlichkeit des Menschen gepflegt“ hatte Johannes Calvin gesagt. In der Enzyklika von Papst Benedikt XVI. „Caritas in Veritate“ wird betont „das erste zu schützende und zu nutzende Kapital der Menschen ist die Person in ihrer Ganzheit“.

Wenn nun der Mensch der zentrale Orientierungspunkt jedes politischen Handelns ist, dann stellt sich die Frage: Was ist unser Bild vom Menschen? Für mich ist es wichtig, mich vom christlichen Menschenbild leiten zu lassen. Das heißt, von einem Menschenbild als Ebenbild Gottes, welchem die Freiheit zusteht, sich nach eigenen Fähigkeiten und Neigungen zu entfalten. Es ist wahrlich eine Freiheit, die keineswegs grenzenlos ist. Es ist keine rücksichtslose Freiheit,

es ist keine Beliebigkeit, sondern es ist eine Freiheit zu etwas, eine Freiheit zur Teilhabe und vor allem zur Zuwendung zu anderen Menschen und das bedeutet, die Bereitschaft, Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen.

Das dahinterstehende Menschenbild ist allerdings unvereinbar mit einem staatlichen Streben, Menschen zu bevormunden, zu entmündigen und sie entgegen ihrer natürlichen Unterschiedlichkeiten gleichzumachen. Das war ein Ansatz, den wir gerade in den kommunistischen Diktaturen immer wieder gespürt haben: die staatliche Hybris, Menschen sozusagen nach einem eigenen Bilde zu formen. Dies verbietet sich nach dem christlichen Menschenbild.

Verantwortete Freiheit drückt sich in Toleranz aus, aber wiederum nicht in einer beliebigen Toleranz, sondern in einer Toleranz, die die Fähigkeit beinhaltet, sich auf den Anderen einzulassen, ihn in seinem Anderssein zu akzeptieren und es als Bereicherung zu empfinden, nicht als Last. Das ist eine der großen Tugenden, die der Begriff Toleranz in sich birgt.

Natürlich wird jeder, der sich als Politiker auf das christliche Menschenbild beruft, in Kauf nehmen müssen, dass an ihn besondere Maßstäbe gelegt werden. Gleichzeitig müssen wir uns eingestehen, dass wir unvollkommen sind.

Dieses Wissen, darf natürlich nicht dazu führen, dass wir lethargisch werden.

Wir sind vielmehr mit dem Anspruch in die Welt gestellt, diese Welt so zu gestalten, dass wir mit ihr verantwortungsvoll umgehen.

Unsere Unvollkommenheit gebietet es auch, dass wir demütig werden. Diese Demut bewahrt uns davor, Freiheitsräume anderer zu beschneiden. Sie bewahrt uns auch vor der ganz großen Gefahr, zu definieren, wann nach unserer Meinung Leben lebenswert und Leben nicht lebenswert ist.

Deshalb ist es wichtig, dass wir akzeptieren, dass sich auch unsere Kirchen immer wieder als kritisches Korrektiv unserer Politik einmischen.

Es kann im Zeitalter der Globalisierung freilich schnell so scheinen, als sei die Orientierung am christlichen Menschenbild überholt. Es ist im 21. Jahrhundert notwendig, ökonomisch und politisch weltweit zu agieren und Lösungen für Probleme zu

finden, die weder nur bei uns ihren Ursprung haben, noch allein von uns gelöst werden können.

Das zwingt uns zur Zusammenarbeit mit Partnern, die sich nicht dem christlichen Glauben verpflichtet fühlen. Mit diesen können wir uns nur einigen, wenn wir gemeinsame Grundlagen der Verständigung finden. Politik im Zeitalter der Globalisierung muss demnach danach streben, jenseits der Vielfalt im Bereich religiösen Glaubens Fixpunkte auszumachen, die eine solche globale Verständigung ermöglichen.

Diese Herausforderung stellt sich keinesfalls allein als Folge der Globalisierung. Könnte das christliche Menschenbild nur dann politisch von Bedeutung sein, wenn alle Beteiligten sich über ihre christlichen Wurzeln einig wären, dann würde es uns auch in Deutschland nicht mehr viel nützen. Denn der christliche Glaube ist auch bei uns längst nicht mehr unumstrittener Konsens der gesamten Gesellschaft. Auch in Deutschland und überhaupt in Europa ist das Christentum mittlerweile Teil einer pluralen Gesellschaft geworden. National wie global ergibt sich deshalb dieselbe Schwierigkeit: Wie lassen sich politische, wirtschaftliche und

soziale Überlegungen, die auf dem christlichen Menschenbild beruhen, in die Bemühungen um einen gesellschaftlichen Konsens einbringen, ohne dass alle Gesprächsteilnehmer von denselben Grundlagen ausgehen?

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hatte zu Recht gesagt „Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“.

Sagt man, das sei nicht möglich, dann stünden wir auch in Deutschland als Politiker mit christlichem Bekenntnis vor schwierigen Rechtfertigungsproblemen.

Ich möchte dieser Logik jedoch in aller Form widersprechen. Die bleibende Bedeutung des Christlichen Wertefundaments entscheidet sich national wie auch global nicht primär daran, wie viele Menschen sich in Deutschland und weltweit zum christlichen Glauben bekennen. Die Relevanz unserer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ergibt sich daraus, dass dieses von bleibender Aktualität ist und sich gerade auch in zentralen Fragen der Gegenwart bewährt. Viele der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, lassen sich

auf seiner Grundlage zumindest besser verstehen und in Angriff nehmen.

Gerade die jüngste finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise bietet dafür viele Belege.

In den zurückliegenden Jahren mussten die Finanzmärkte besser reguliert, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Euro-Zone gestützt bzw. reformiert werden.

Zu den dafür notwendigen Maßnahmen gehörten in Deutschland die Stabilisierung bedrohter Banken, die Konjunkturpakete, um den Rückgang der privaten Nachfrage teilweise auszugleichen, sowie die Einführung des Euro-Rettungsschirms zur Sicherung der Stabilität der Euro-Zone und der EU insgesamt. Die dabei im Raum stehenden Summen von hunderten Milliarden Euro, auch wenn sie in dieser Höhe niemals tatsächlich geflossen sind, übersteigen die Vorstellungskraft der meisten Mitbürger.

Das sind wichtige, jedoch „nur“ technische Maßnahmen. Darüber hinaus fordert uns die Krise auf nachzudenken, welche grundlegenden Defizite unser gegenwärtiges Finanz- und Wirtschaftssystem aufzeigt. Hier stoßen wir auf



Probleme, die sich durch die genannten „technischen“ Maßnahmen allein nicht beseitigen lassen.

Die soziale Marktwirtschaft beruht auf menschlichen Gewinnstreben.

Das ist gut und richtig, denn sie nimmt den Menschen an, wie er ist. Der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft hat gerade darin seine Wurzel, dass sie keinen Idealmenschen voraussetzt. Ihre Menschenbezogenheit ist ihre Stärke. Aus dieser Stärke wird aber eine Schwäche, wenn wir vergessen, dass der hemmungslos nach Gewinn strebende Mensch ein zutiefst ambivalentes Wesen ist, dessen grenzenloses Begehren für andere, für die Umwelt und letztlich auch für ihn selbst zu geradezu gefährlichen Konsequenzen führen kann. Hier hat sowohl die katholische Soziallehre, z. B. durch den Theologen, Jesuiten und Nationalökonom Oswald von Nell-Breuning (geb.: 8. März 1890 in Trier; gest.: 21. August 1991 in Frankfurt am Main, wie die evangelische Sozialethik, hier möchte ich z. B. Martin Honecker (geb.: 2. Mai 1934 in Ulm/Donau) nennen, von der Reformation bis heute Unverzichtbares beigetragen.

Deshalb muss die Bejahung der Marktwirtschaft einhergehen mit ihrer politischen Kontrolle und Begrenzung im Sinne sozialer – und ökologischer – Prinzipien. Der Markt braucht Regeln und Grenzen. Dies ist einer der Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Mensch als Gottes Geschöpf muss seine Begrenztheit erkennen und dazu immer wieder gemahnt werden. Das tut die christliche Tradition, in dem Sie den Menschen durch seine Verantwortung vor Gott und durch das Gebot der Nächstenliebe an seine Verantwortung für sich und andere erinnert, aber auch an seine Verantwortung gegenüber dem Schöpfer und seiner Schöpfung.

Diese Einsicht ist nicht überholt. Sie ist auch nicht dadurch entwertet, dass bei uns und anderswo der christliche Glaube nicht von allen geteilt wird. Denn die Grundgedanken, um die es geht, lassen sich auch denen vermitteln, die nicht christlichen Bekenntnisses sind.

Wir leben in einer sich rasant verändernden Welt. Gerade das macht es wichtig, die moralischen

Grundlagen unseres politischen Handelns nicht aus dem Blick zu verlieren. Das christliche Menschenbild mit seinen humanen Konsequenzen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik ist dafür die Grundlage. Gerade unter den Bedingungen globaler Märkte tun wir gut daran, an ihm festzuhalten und uns erneut darauf zu besinnen.

Aus dem christlichen Menschenbild lassen sich zwar in vielen Situationen keine eindeutigen, konkreten Handlungsanweisungen ableiten. Aber wir sind dazu verpflichtet, uns immer wieder unseres Leitbildes zu vergewissern und unsere Politik in dem von mir beschriebenen Umfeld zu gestalten. Die Präambel unseres Grundgesetzes bringt es prägnant auf den Punkt: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Ich denke sehr häufig daran, was für eine Weisheit und was für eine tiefe Demut die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes geleitet haben, als sie es geschrieben haben. Diesem Gottesbezug unseres Grundgesetzes liegt die bittere Erkenntnis unserer Gründermütter und –väter aus der Zeit des NS-Regimes zugrunde, dass dort, wo Gott nicht mehr sein darf, im Sinne des Wortes „der Teufel los ist“.

Wenn wir heute ein neues Grundgesetz zu schreiben hätten, weiß ich nicht, ob wir noch eine Mehrheit für diesen wunderbaren Vorsatz bekämen: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“

Verantwortete Freiheit leben, was bedeutet das? Was bedeutet das zum Beispiel für die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Zeiten zunehmender Globalisierung?

Die Weltwirtschaft ist fünf Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers immer noch angegriffen. Viele Menschen haben Sorge um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft. Auch in die Schwellen- und in Entwicklungsländer hat die Wirtschafts- und Finanzkrise Schwankungen und Unsicherheiten hineingetragen.

Im Sommer 2013 blickt Europa auf eine ganze Reihe von Krisen zurück: die Bankenkrise wurde zur Finanzkrise, die Finanzkrise ging über in eine Wirtschaftskrise und schließlich trat eine Staatsschuldenkrise auf, an deren Überwindung die Politik mit Nachdruck arbeitet.

Die hohe Verschuldung der Staaten, Unternehmen und Privathaushalte, mit der eine Reihe von Ländern der Europäischen Union konfrontiert ist, stellt eine große Herausforderung dar. Teilweise handelt es sich dabei um eine Reaktion auf die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise. Zum anderen ist sie jedoch auch Konsequenz falscher Haushalts- und Wirtschaftspolitik einiger Euroländer und unzureichender Sparmaßnahmen in guten Zeiten. Die Bewältigung dieser Herausforderung ist eine langfristige Aufgabe. Wir können uns nicht zurücklehnen.

Das bedeutet für unsere Finanzwirtschaft, dass diese besser reguliert werden muss.

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie die menschliche Gier, der keine Grenzen gesetzt werden, zu zerstörerischen Konsequenzen führen kann. Zwar gibt es keine Patentlösungen. Auf eine einfache Formel gebracht möchte ich aber sagen: Ein Land wie Deutschland kann allein nicht in der globalisierten Wirtschafts- und Finanzwelt bestehen. Aus diesem Grund sind die europäische Integration und eine gerechte und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung in unserem ureigensten Interesse.

Wenn wir heute viel von europäischer Solidarität sprechen, von unserer Bereitschaft, Ländern, die sich momentan in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten befinden zu helfen, dann darf das nicht so verstanden werden, als handelte es sich dabei aus deutscher Sicht um eine gänzlich uneigennützigte Hilfeleistung. Indem wir anderen im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen, helfen wir auch uns selbst.

Anders als viele selbsternannte Experten und Medien behaupten, hat die Staatsschuldenkrise keine Euro-Krise hervorgerufen. Der Euro blieb auch während der Krisenjahre stabil – sowohl in Hinblick auf den Innenwert (durchschnittlich geringere Inflation im Vergleich zu den fünf letzten D-Mark-Jahrzehnten) als auch hinsichtlich des Außenwertes (seit Einführung der Gemeinschaftswährung 1999, im Vergleich zum US-Dollar).

Darüber hinaus hat sich der Euro als internationale Reservewährung etabliert, was die Entwicklung eindrücklich belegt. Während andere Währungen von internationaler Bedeutung, wie der US-Dollar oder der Yen, Anteile an den weltweiten

Devisenreserven einbüßen mussten, hat der Euro hinzugewonnen.

Dennoch ist augenscheinlich, dass unsere gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungsunion Schwachstellen hat. Diese wurden durch die Staatsschuldenkrise schonungslos offen gelegt:

- Die institutionellen Vorkehrungen gegen Überschuldung waren unzureichend.
- Die wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten ging bisher nicht weit genug.
- Die Finanzmärkte waren zu wenig reguliert.
- Der Wirtschafts- und Währungsunion hat ein institutioneller Schutz- und Nothilfemechanismus gefehlt.

Damit sich die Staatsschuldenkrise nicht letzten Endes doch zur Euro-Krise entwickelt, haben die Staats- und Regierungschefs gemeinsam mit den Finanzministern des Euroraums gehandelt und eine umfassende Gesamtstrategie zur Reform und Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und

Währungsunion entworfen. Sie basiert auf drei Säulen:

- Die Krisenländer müssen substanzielle Eigenanstrengungen zur Wiedergewinnung von Schuldentragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unternehmen.
- Es sind Krisenbewältigungsmechanismen etabliert worden, um Krisenländern auf diesem Weg notwendige Zeit zu geben und die Stabilität der Eurozone als Ganzes zu sichern.
- Darüber hinaus ist eine Stärkung des europäischen Rahmenwerks, vor allem der Mechanismen zur finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Koordinierung, erreicht worden, um künftigen Krisen wirksamer vorzubeugen. Für eine effektivere Krisenprävention gilt es zudem, die Finanzmarktaufsicht und -regulierung weiter zu verbessern.

Deutschland hat sich auf europäischer Ebene von Anfang an nachdrücklich dafür eingesetzt, dass strukturelle Reformen in den Krisenländern selbst den Ausgangspunkt einer nachhaltig erfolgreichen Strategie zur Überwindung der Schuldenkrise



bilden müssen. Diese Strategie wurde in Europa umgesetzt, und dieser Kurs zeigt erste Erfolge.

Mit Blick in die Zukunft muss ein entscheidender Schritt zu mehr finanzpolitischer Stabilität in der Eurozone natürlich aus einer konsequenten Krisenprävention kommen. Aber: Auch im besten Regelwerk sollten Maßnahmen für den Eintritt von Krisenfällen vorgesehen sein.

Das geschieht nun langfristig und nachhaltig durch die Einrichtung des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der im Herbst letzten Jahres seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Die effektive Darlehenskapazität des ESM beträgt 500 Mrd. Euro. Dies ist ausreichend hoch, um in Krisenzeiten Ansteckungsgefahren innerhalb des Euroraums zu vermeiden.

Somit sind wir in Zukunft für den Fall der Fälle verlässlich und ausreichend gewappnet.

Die Inanspruchnahme des ESM durch gefährdete Länder ist an feste Regeln geknüpft und mit strikten Auflagen verbunden. Das heißt: Es gibt nur Solidarität, wenn es Solidität gibt.

Reformen im Rahmen der bestehenden Verträge sind jedoch nicht ausreichend.

Daher wurde auf maßgebliches Betreiben Deutschlands die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung in der Eurozone mit dem von nahezu allen Mitgliedstaaten unterzeichneten Fiskalvertrag nochmals substanziell verstärkt.

Der Vertrag beinhaltet:

- Die Maßgabe, die gesamtstaatlichen Haushalte der Vertragsstaaten auszugleichen oder mit einem Überschuss abzuschließen;
- Die Vorgabe, dies in Form von dauerhaften und verbindlichen nationalen Schuldenbremsen, vorzugsweise mit Verfassungsrang, in die nationalen Rechtsordnungen einzuführen.
- Die ordnungsgemäße Umsetzung in nationales Recht wird durch ein sanktionsbewehrtes, automatisiertes Klageverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof sichergestellt.
- Mitgliedstaaten, die sich in einem Defizitverfahren befinden, haben konkrete Strukturreformen im Rahmen eines Haushalts- und Wirtschaftspartner-

programms umzusetzen, deren Einhaltung durch die Europäische Kommission und den Rat der Europäischen Union überwacht wird.

- Das Defizitverfahren wurde verschärft. Bei Verstößen gegen das Defizitkriterium sollen sämtliche darin vorgesehenen Beschlüsse und Empfehlungen nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit der Euro-Staaten gestoppt werden können.

25 Mitgliedstaaten haben den Fiskalvertrag unterzeichnet (Ausnahme: Großbritannien, Tschechische Republik). Er durchläuft zur Zeit noch in einigen Ländern das Ratifizierungsverfahren. [In Deutschland ist das Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages mit der Zustimmung des Bundesrats am 5. Juli endgültig beschlossen worden.]

Darüber hinaus wurden die Probleme der Finanzmarktregulierung und -aufsicht angegangen. Europa hat eine neue Finanzaufsicht erhalten, die auf eine größere Widerstandsfähigkeit und Solidität des Finanzsektors hinwirken wird.

Drei neue europäische Aufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich werden bei der Instituts- und Marktaufsicht mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten.

Allerdings hat die Krise gezeigt, wie stark die Risiken schwacher Staaten mit den Risiken schwacher Banken zusammenhängen. Will man diese erheblichen Wechselwirkungen besser in den Griff zu bekommen, ist eine gemeinsame Bankenaufsicht für Europa, zumindest aber für die Eurozone, unumgänglich.

Die Staats- und Regierungschefs haben daher beschlossen, einen solchen einheitlichen Bankaufsichtsmechanismus ins Leben zu rufen. [Auch dazu ist das Zustimmungsgesetz am 5. Juli 2013 im Bundesrat abschließend beschlossen wurden.]

Es bedarf weiterhin großer Anstrengungen, um zu sachgerechten Lösungen in vielen Einzelfragen zu kommen. Über die Bankenaufsicht hinausgehen die Arbeiten zur Vertiefung der Europäischen

Währungsunion und zur sogenannten Bankenunion weiter.

Oberstes Ziel ist es, die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit Europas zurückzugewinnen und das Projekt Europa weiter voranzubringen.

In den kommenden Wochen und Monaten werden hierzu noch intensive Diskussionen erforderlich sein.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein paar Worte zur Finanztransaktionssteuer sagen:

Die staatlichen Rettungsmaßnahmen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben den Finanzsektor nachhaltig gestützt und den Finanzmärkten Stabilität verliehen. Die europäischen Nationalstaaten und ihre Steuerzahler sind hier in Haftung getreten. Dies hat dazu geführt, dass die vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen in Deutschland auch durch die Krise hindurch beibehalten werden konnten. Vor dem Hintergrund dieser Situation ist es mehr als gerechtfertigt, einen zusätzlichen Beitrag des Finanzsektors zur Staatsfinanzierung in Form einer Finanztransaktionssteuer einzufordern. Es geht hier nicht um eine Strafsteuer zu Lasten einer Branche. Es geht um eine faire Lastentragung in einer Volkswirtschaft.

Deshalb setzt sich die Bundesregierung weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer im Wege der sogenannten Verstärkten Zusammenarbeit in möglichst vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein. Die Ermächtigung des ECOFIN-Rates im Januar 2013 zu dieser Verstärkten Zusammenarbeit war eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung unseres Zieles und ein Erfolg unseres Ministers, dessen persönlicher Einsatz einen nicht geringen Anteil an dem Gelingen der Ermächtigung hatte. Mittlerweile wird der Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur Finanztransaktionsteuer in Verstärkter Zusammenarbeit in den Ratsarbeitsgruppensitzungen in Brüssel beraten. Für die Bundesregierung ist dabei der Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung vom Juni 2012 wegweisend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lehren aus der Krise wurden gezogen und die Erkenntnis ist da, dass sich Dinge ändern müssen. Jetzt kommt es darauf an, die Maßnahmen, die auf den Weg gebracht wurden, auch konsequent umzusetzen, um so Wohlstand und Stabilität in Europa sicherzustellen.

Auch wenn dieser Weg oftmals nicht einfach – und auch nicht einfach zu erklären – ist. Wir sollten uns

dabei vor Augen führen, dass es stets gute politische und wirtschaftliche Gründe für die Einigung Europas in der Vergangenheit gab und erst recht für die Zukunft gibt. Die deutsche Einheit wäre ohne Europa ganz gewiss nicht möglich gewesen.

Deutschland profitiert aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht vom Euro und der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert davon, dass es innerhalb des Euroraums keine Wechselkursschwankungen gibt. Durch den Wegfall der Wechselkursrisiken sparen deutsche Unternehmen Jahr für Jahr Transaktionskosten. Verbraucher profitieren von Preistransparenz und einem stärkeren Wettbewerb, der zu größerer Vielfalt und zu geringeren Preisen führt. Im Jahr 2012 gingen fast 60 Prozent der deutschen Exporte in Länder der Europäischen Union und davon wiederum zwei Drittel in Länder der Eurozone. Millionen von Arbeitsplätzen hängen in Deutschland von diesem europäischen Binnenmarkt ab. Für all diese Vorteile des Euro – und für Europa – lohnt es sich zu kämpfen und in

die notwendigen politischen Anstrengungen zu investieren.

Nach dem großen Schock der Finanzkrise haben wir uns bereits erstaunlich gut wieder gefangen. Und das Ergebnis der Eurokrise, soweit es sich bereits abzeichnet, besteht nicht in einem Zerfall der Eurozone und einem Rückfall in nationalistische Konfrontation, sondern in einem weiteren Schub an europäischer Einigung.

Nicht in jedem Fall hat uns der christliche Glaube bei der Krisenbewältigung sofort und unmittelbar die passenden Ratschläge gegeben.

Aber ich bin der Überzeugung, er trägt viel dazu bei, bei den notwendigen Maßnahmen das passende Verhältnis von Solidarität und Verantwortung, ja auch Eigenverantwortung, zu finden.

Was wir bisher schon erreichen konnten, dürfen wir uns keineswegs allein selbst zuschreiben. Im Gegenteil. Wir sollten Gott von Herzen dankbar sein, ihm dafür danken und ihn loben. Wir sollten mit Mathias-Claudius immer daran denken: „Wir säen und wir streuen, den Samen auf das Land. Doch Wachstum und Gedeihen das liegt in Gottes Hand.“



Wir haben in Europa eine besondere Verantwortung zur Verantwortung, was auch Führung bedeutet.

Aber dies können wir nur im Miteinander mit unseren europäischen Partnern leisten. Wir müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Ich bin überzeugt, dass Europa aus diesem Prozess gestärkt hervorgehen wird.